

+ 27

Kenny Greber
SP und Gewerkschaften
c/o Bahnhofstrasse 22
8570 Weinfelden

EINGANG GR	
29.09.2025	
GRG Nr.	24 11 20 209

Turi Schallenberg
SP und Gewerkschaften
Bädlistrasse 8
8575 Bürglen

Interpellation

„Einführung eines Volks-Vorstosses (Volksmotion) im Kanton Thurgau“

Der Regierungsrat wird ersucht, die nachfolgenden Fragen zu beantworten:

1. Grundsatz:

Ist der Regierungsrat grundsätzlich bereit, die Einführung eines Instruments nach dem Modell der Volksmotion (Bürger und Bürgerinnen-Vorstoss) zu prüfen und zu betreiben?

2. Rechtsrahmen:

Welche Anpassungen wären dafür nötig – insbesondere in der Kantonsverfassung, im Gesetz über die politischen Rechte und in der Geschäftsordnung des Grossen Rats?

3. Kantonale Vergleiche:

Stehen dem Regierungsrat konkrete Zahlen und Erkenntnisse aus Kantonen mit Volksmotion zur Verfügung (z. B. Anzahl eingereichter Vorstösse, Erfolgsquoten, Themenvielfalt)?

4. Aufwand vs. Nutzen:

Welche administrativen und finanziellen Aufwände wären zu erwarten? Wie beurteilt der Regierungsrat den demokratischen Mehrwert (Partizipation, Legitimation) im Verhältnis zu diesen Kosten

Begründung

Im Kanton Thurgau bestehen solide Volksrechte wie Initiative, Referendum und Petition. Doch viele Anliegen erreichen die Parlamente formell oder inhaltlich nicht – sei es aufgrund hoher Hürden, fehlender Verbindlichkeit oder begrenzter Wirkung.

In anderen Kantonen – etwa Freiburg, Neuenburg, Schaffhausen und Solothurn – gibt es das Instrument der Volksmotion: Eine bestimmte Anzahl Stimmberechtigter (100–300) kann einen Vorstoss direkt einreichen, der wie eine Ratsmotion behandelt wird.

Eine Volksmotion bietet einen niederschwelligen, aber verbindlichen Weg, um gesellschaftliche Anliegen in den parlamentarischen Diskurs einzubringen. Sie ersetzt die bestehenden Instrumente nicht, ergänzt diese aber sinnvoll. Die Erfahrungen aus anderen Kantonen zeigen: mehr Themenvielfalt, höheres Engagement, stärkere Legitimation – ohne Überlastung des Parlaments.

Für eine Einführung braucht es eine klare gesetzliche Grundlage (inkl. Quorum, Fristen, Formvorschriften), idealerweise ergänzt durch eine Evaluationsklausel. Auch moderne Umsetzungsmöglichkeiten wie **E-Collecting** sollten geprüft werden.

Ist der Regierungsrat bereit, diesen Weg zu prüfen und eine tragfähige Vorlage zu erarbeiten?

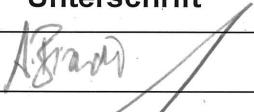
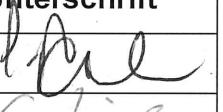
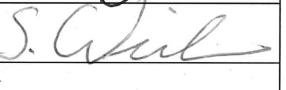
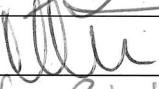
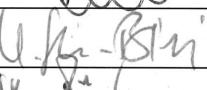
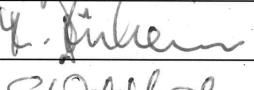
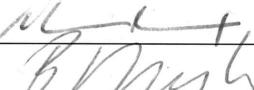
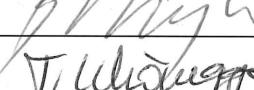
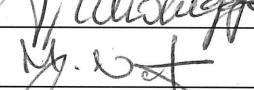
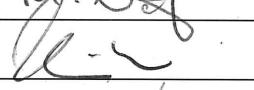
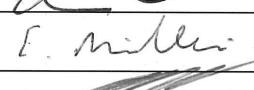
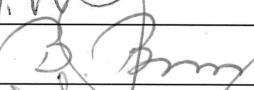
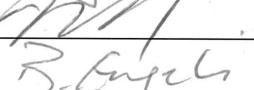
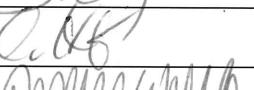
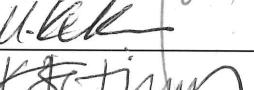
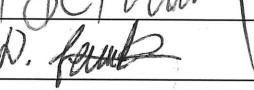
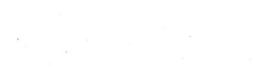
Weinfelden, 16.09.2025

Kenny Greber

Turi Schallenberg



Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner der Interpellation von Vorname/Name
 „Titel“

Name / Vorname (in Blockschrift)	Unterschrift	Name / Vorname (in Blockschrift)	Unterschrift
1 Brada Alessandra		26 Birkert Anke	
2 Auer Sarah		27 Weilemann Simon	
3 Sontheim Martin		28	
4 Senn-Bieri Ursula		29	
5 Brüllmann Walter		30	
6 Wölfländer Edith		31	
7 CHRISTIAN Koch		32	
8 Däubler Barbara		33	
9 Schönegger Theresia		34	
10 Nafeger Mark		35	
11 Metz Fabi		36	
12 Müller Elina		37	
13 Spiri Robin		38	
14 Müller Kathrin		39	
15 Vonlanthen Isabelle		40	
16 Braun Bernhard		41	
17 Rüegger Stefan		42	
18 Vogel Simon		43	
19 Haldemann PdW		44	
20 Engeli Brigitte		45	
21 Hauser Constanze		46	
22 Drangfeld Peter		47	
23 Kiffer Celia		48	
24 Béatrice Karin		49	
25 Didi Feuerle		50	